

gegen 3500 Zigaretten verschiedener Marken in die Hände. — Gänse- diebstähle kamen in Schullwitz bei Pillnitz, Dörflich, Bezirk Dresden, und Leßchen, Amtsgerichtsbezirk Meißen, zur Ausführung. Im letztgenannten Falle entwendeten die noch unbekanntes Diebe aus dem zerbrochenen Stalle eines Bauerngutes sechs Gänse, deren Kopf und Hals je mit einem blauen Farbstich versehen war. — Gestohlen wurde beim Speicherwerk Niederwartha ein Posten Kupferschienen im Gewicht von etwa 80 Kilogramm, aus einem Fischbassin in Miltschitz ungefähr ein Zentner Schlei, sowie aus Bauernhäusern in Schlaup bei Großenhain ein Handkorb mit 35 Stück Butter, ferner je eine goldene Uhr, Kette und Armband, sowie Wäsche, und in Weesenstein außer Bargeld und Schokolade noch ein Posten Rauchmaterialien.

Königsbrunn. (Autounfall.) Auf der Hoberstraße verbar Strafe rannte ein aus Richtung Schweinitz kommender Personenwagen infolge zu schnellenfahrens gegen eine Gartenmauer. Bei diesem Zusammenprall brach der Radkranz des rechten Vorderrades. Der Chauffeur rief das Steuer nach links herüber, der Wagen fuhr in einen dort lagernden Sandhaufen hinein; nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß ein größeres Unglück vermieden wurde. Die vier Insassen des Wagens kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Chauffeur erlitt eine leichte Handverletzung.

Baugen. (Städtische Spar-Maßnahmen.) Zur Zeit finden eingehende Beratungen statt über die Maßnahmen, die Oberbürgermeister Niedner in einer Denkschrift den städtischen Kollegien als Finanzdezentent vorgeschlagen hat. Er beantragt darin Erhöhung der Preise für Strom, Gas und Wasser, was 200 000 RM jährlichen Mehretrag bringen soll, und schlägt vor, daß Einschränkungen auf den verschiedenartigsten Gebieten der öffentlichen Verwaltung, im Wohnungsbau, mit den Notstandsarbeiten, bei der Wohlfahrtspflege und sonstigen öffentlichen Fürsorgeämtern, bei der Straßenunterhaltung, bei den öffentlichen Bildungs- und gemeinnützigen Instituten, beim Stadttheater, beim Krankenhaus, bei den Fürsorgeanstalten und beim Beamtenkörper vorgenommen werden sollen. Die Schuldenlast der Stadt beläuft sich gegenwärtig auf 8,2 Millionen Mark gegen 1,6 Millionen Mark im Jahre 1925/26. Der Zinsendienst dafür erfordert jährlich schon mehr als eine halbe Million.

Coswig. (Sturz aus dem fahrenden Zuge.) In der Nähe von Coswig wurde ein Fräulein aus Kötzschenbroda schwer verletzt am Bahnkörper aufgefunden. Das Fräulein war aus einem fahrenden Zuge gestürzt und hatte dabei eine Gehirnerschütterung und eine tiefe Wunde am Halse erlitten. In bedenklichem Zustande mußte sie ins Meißener Landkrankenhaus gebracht werden.

Döbeln. (Abgelehnte Eingemeindung.) In Rasten bei Döbeln fand der Volksentscheid über die Eingemeindung in Döbeln statt. Von den abgegebenen Stimmen war die Mehrzahl gegen eine Eingemeindung.

Chemnitz. (Schwerer Motorradunfall.) Zwei auf der Fahrt zur Arbeitsstätte befindliche Kfzlenleger sind auf der Stollberger Straße, etwa 200 Meter von dem Flughafen entfernt landwärts, infolge Platzens eines Reifens mit ihrem Motorrad gestürzt. Dabei erlitt der 19 Jahre alte Soziusfahrer S. aus Chemnitz einen Schädelbruch, an dem er kurze Zeit darauf starb.

Entschädigungszahlungen an Arbeitnehmer?

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) hat jochen dem Reichstag, den Reichsministerien und dem Reichswirtschaftsrat eine Eingabe zugeleitet, die von größter Bedeutung für die Arbeitnehmer ist. Er fordert die Verabschiedung eines Gesetzes, das Entschädigungszahlungen an Angestellte und Arbeiter gewährt, die durch Betriebsstillegungen entlassen werden, sobald diese eine Folge von Fusionen oder ähnlicher Maßnahmen gleicher Wirkung sind.

Die Höhe der Entschädigungen soll nach dem Entwurf nach der Zahl der Jahre bemessen werden, die der Arbeitnehmer im Betriebe beschäftigt war. Sie soll für jedes Jahr ein Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes betragen, nach sechs Jahren ist für je zwei weitere Dienstjahre ein Zwölftel vorzusehen bis zur Gesamtsumme eines vollen Jahresgehältes im Höchstfalle.

In der ausführlichen Begründung des Gesetzentwurfes fährt der GWA noch folgendes aus: Nach dem Betriebsrätegesetz besteht ein Recht des Einspruchs gegen Kündigung nicht, wenn es sich um Entlassungen handelt, die durch gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erforderlich werden. Der Arbeitnehmer verliert seinen Arbeitsplatz entgeltlos, gleichgültig aus welchen Beweggründen die Aufgabe des Betriebes erfolgt.

Diese unterschiedslose Regelung will der vorliegende Gesetzentwurf aufheben. Er will bei Fusionen und ähnlichen Vorgängen gleicher Wirkung den Angestellten und Arbeitern einen Rechtsanspruch auf Zahlung einer Entschädigung geben. Ein solche sVerlangen ist nicht unbillig. Fusionen und ähnliche Vorgänge, sofern sie im Einzelfalle überhaupt organisatorisch zweckmäßig sind, bringen wirtschaftliche Vorteile durch Produktionszusammenlegung, Abgabeherrschung, Ausschalten der Konkurrenz etc. Die Arbeitnehmer tragen die Nachteile in Gestalt vermehrter Arbeitslosigkeit. Werden die Unternehmungen gesetzlich verpflichtet, den nicht mehr benötigten Arbeitkräften eine Entschädigung zu zahlen, so wäre das als eine einmalige Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes aus dem den Unternehmungen zufallenden Dauerertrag zu betrachten.

Die Fassung des Gesetzentwurfes gibt den Unternehmungen die Freiheit, durch eine entsprechende Auswahl und vorzuzugte Uebernahme der an Lebens- und Dienstjahren älteren Angestellten und Arbeiter die notwendigen Entschädigungszahlungen in ihrer Gesamtsumme herabzudrücken. Damit würde gleichzeitig erreicht werden, daß die älteren Arbeitnehmer, die heute zuerst abgebaut werden und dann zumeist ohne jede Aussicht auf Wiedereinstellung den Arbeitsmarkt belasten, ganz von selbst einen gewissen Schutz genießen würden, den sie heute entbehren müssen.

Winterbeihilfe an Bedürftige?

In der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages wurde zunächst der kommunistische Antrag wegen der Zollerhöhungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Abg. Siegel (Komm.) begründet darauf einen Antrag, die Regierung zu beauftragen, allen Rentner- und Fürsorgeempfängern sowie allen Erwerbslosen eine Winterbeihilfe in Höhe von 40 Mark für Unterhaltungsbedürftige zu gewähren. — Für die Sozialdemokratische Partei beantragt Abg. Schleinitz, die Regierung zu beauftragen, zur Gewährung einer Winterbeihilfe an besonders bedürftige Sozial-, Klein- und Kriegserntner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose den Bezirksfürsorgeverbänden sechs Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Bundesheer durch stramme Disziplin, mannhaftes Auftreten, heldenhaften Opfermut und mühselige Leistungen bei Übungen hohes Ansehen und durch Hilfeleistungen bei Elementarkatastrophen allgemeine Sympathien und den Dank des Vaterlandes erworben habe.

Vor der Kanzler-Erklärung

Berlin, 12. Dezember. Der Beschluß der Regierung, die Parteien im Reichstag zu einer klaren Entscheidung

zu zwingen, ist, wie die den Regierungsparteien nahestehenden Blätter berichten, darauf zurückzuführen, daß die Regierung aufgrund der ergebnislosen Besprechungen am Mittwoch keine andere Möglichkeit gesehen habe, zu einer Lösung zu gelangen.

Die „Germania“ weist in Ergänzung des Beschlusses der Zentrumsfraktion darauf hin, daß das Zentrum ein

geschlossenes Handeln der Regierungsparteien verlange, und sich nicht damit abfinden könne, daß die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie sich in einzelnen Fragen von dem Regierungsprogramm distanzieren. Vor allem müsse der Deutschen Volkspartei gesagt werden, daß das Zentrum es nicht hinnehmen könnte, wenn sie sich in der Frage der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung etwa überstimmen ließe. Die Volkspartei habe die Methode der Enthaltenspolitik von der Regierungsverantwortung oft genug gelobt. Sie scheine sich auch jetzt ihrer wieder bedienen zu wollen. Eine solche Methode wäre im gegenwärtigen Augenblick mehr denn je unerträglich. Es gehe augenblicklich wirklich um etwas mehr, als um das Bedürfnis einzelner Parteien sich ein agitatorisches Alibi zu verschaffen. Die Stunde verlange vielmehr, daß die Regierungsparteien samt und sonders geschlossen die Verantwortung für die politischen Maßnahmen übernehmen, die ihnen das Reichskabinett am heutigen Donnerstag zugeordnet werde. Natürlich werde die Form des Vertrauensvotums eine große Rolle spielen. Die Regierung werde hoffentlich dafür Sorge tragen, daß diese Form nicht dazu geeignet sei, die von ihr erstrebte Klärung und Entscheidung zu verwischen. Mit anderen Worten:

Die Formulierung des Vertrauensvotums werde so sein müssen, daß es sich auch auf das gesamte Finanzprogramm erstrecke.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß es in der amtlichen Mitteilung über die Kabinettsitzung heißt, daß die Parteiführern vorgelegte Finanzprogramm die „als baldige“ Entscheidung des Reichstages herbeizuführen sei und meint, wenn das Wort „als baldig“ gleichbedeutend mit „sofort“ sein würde, wäre eine ablehnende Antwort mit Sicherheit vorauszusetzen. Das Blatt hält zwar den Ausgang immer noch für ungewiß, kommt aber zu dem Schluß, daß eine politische Krise vermieden werden muß.

Die „B.Z.“ sagt, die Deutsche Volkspartei, die am Sonnabend ihren Zentralvorstand in Berlin verammelt sehen werde, könne vielleicht eine Regierungsbeteiligung, die ihr bisher nur sehr bedingt und befristet zugestanden sei und eine Zustimmung zu erhöhten Versicherungsbeiträgen dann mobilisieren, wenn sie entsprechende Gegenleistungen aus wirtschafts- und finanzpolitischen Gebiet garantiert erhalte. Das Blatt ist im übrigen aber der Auffassung, daß die Fraktionen nach bewährter Praxis nicht unterlassen werden, um trotz aller kommenden Proklamationen ein handfestes Kompromiß zustande zu bringen.

Wie die „Börsezeitung“ hört, ist beabsichtigt, der Regierungserklärung folgende Fassung zu geben: Der Reichstag spricht der Regierung das Vertrauen aus und billigt das von ihr vorgelegte Finanzprogramm. Das Blatt bezeichnet die Fassung als besonders raffiniert. Der Nachdruck liegt hier auf dem Wort „billigt“. Billigung sei noch lange keine Bindung. Wenn die Sozialdemokraten also, das Finanzprogramm billigten, so verpflichteten sie sich praktisch zu nichts. Außerdem sei noch geplant, das sogenannte Sofortprogramm, an dessen Ausführung ja den Sozialdemokraten sehr viel liegt, in Gestalt besonderer Initiativanträge dem Reichstag vorzulegen und beschleunigt erledigen zu lassen.

Ueber 100 000 Arbeitslose mehr in einer Woche.

Berlin. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 2. bis 7. Dezember stieg die Kurve der Arbeitslosigkeit steil weiter an. So hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunter-

und diese Summe noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen. — Endlich fordern die Sozialdemokraten die Ergreifung einer Reihe von Maßnahmen zugunsten der Kriegsoffer. Die Abstimmung über die Anträge soll in der nächsten Sitzung stattfinden. Der letzte Punkt, eine Anfrage der Wirtschaftspartei über die finanzielle Beteiligung der sächsischen Wohlfahrtshilfe beim Seidemannschen Konturs wird von der Tagesordnung abgesetzt und wird am Donnerstag gemeinsam mit einem Antrage der Regierungsparteien verhandelt werden. Zur Unterfuchung der Tätigkeit der Wohlfahrtsbeihilfe und der Erholungsfürsorge beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wird beantragt, einen Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 21 der Verfassung des Freistaates Sachsen einzusetzen.

Das Geständnis der Paschold ein Racheakt?

Der in der Gräfenhaler Mordsache verhaftete Malermeister Zange bezeichnet die Aussagen der Paschold als einen Racheakt. Aus welchem Grunde der Racheakt erfolgte, sagt er allerdings nicht. Bis her konnte dem Zange auch noch nichts nachgewiesen werden.

Raubüberfall auf ein junges Mädchen.

52 Lohntütten erbeutet. Eine Müdenberger Kaufirma hatte eine Bureauangestellte mit 52 Lohntütten nach M. Leipzig geschickt, um den Arbeitern ihren Lohn zu überbringen. Unterwegs wurde das Mädchen von einem jungen Manne überfallen, durch einen Schlag auf den Kopf verletzt und beraubt. Der Täter ist entkommen.

Das Bankett für die Nobelpreisträger.

Stockholm. Den gesellschaftlichen Höhepunkt des Nobelfestes in Stockholm bildete das große Bankett im Spiegelsaal des Grand-Hotels. Außer den Nobelpreisträgern und ihren Frauen nahmen das schwedische Kronprinzenpaar, mehrere andere Angehörige des Königshauses, die Stockholmer Diplomatie sowie Vertreter von Kunst und Wissenschaft teil. Ministerpräsident a. D. Hamarström, der Präsident der Nobelfestigung, brachte das Hoch auf den König aus. Der schwedische Kronprinz gedachte des Stifters Alfred Nobel, und Professor Johansson, der Direktor des Karolinschen Instituts, sprach für die Nobelpreisträger. Diese brachten in kurzen Reden ihren Dank zum Ausdruck. Für den holländischen Preisträger Eijlman, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, sprach der holländische Gesandte. Als letzter sprach Thomas Mann.

stützung zum erstenmal in diesem Winter um mehr als 100 000 innerhalb einer Woche zugenommen. Damit dürfte die Kurve am 5. Dezember dicht an 1 250 000 gelegen haben.

Der jahreszeitliche Druck auf den Arbeitsmarkt hat sich also verstärkt. Die Zurückhaltung des Konsumenten besteht fort, das Weihnachtsgeschäft hat sich infolgedessen nur schwach entwickelt. Anzeichen einer konjunkturellen Belebung fehlen. Dennoch ist eine gewisse Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft nicht zu verkennen, so daß trotz aller ungünstigen Momente erwartet werden darf, daß im Dezember der Einbruch des Marktes nicht so heftig ist wie im gleichen Monat des Vorjahres.

Abschiedsgruß des päpstlichen Nuntius.

Berlin. Zum Abschied des päpstlichen Nuntius Facelli veranstaltete die katholische Aktion Berlin einen Empfang. Dabei hielt der Vorsitzende der katholischen Aktion, Ministerialdirektor Dr. Klausener, eine Ansprache an den Nuntius, indem er der Freude über die bevorstehende Verleihung der Kardinalwürde an den Nuntius und die Glückwünsche der Berliner Katholiken zum Ausdruck brachte. — Der Nuntius erwiderte in deutscher Rede: „Wir haben in Zeiten der Not gesät,“ so führte er aus, „ich hoffe, wir dürfen in Freuden die Garben binden.“ In diesen Notzeiten habe er wahrnehmen dürfen, daß das deutsche Volk Führer hervorzubringen vermöge, daß ein heroischer Gestaltungswille Deutschlands wach sei. Fern von seiner Vaterstadt Rom habe er in Berlin das Gefühl der Heimat gehabt. „Auch wenn uns der Felsenriegel der Alpen trennt, wird die übernatürliche Einheit geistiger Natur, die uns verbindet, nicht gelöst werden.“ Das bescheidene Samentorn, das er in die deutsche Erde habe senken dürfen, werde, so erwartete er zuversichtlich, Segen bringen und zu einer glücklicheren Zukunft Deutschlands beitragen.

Entschlieung des Bundesvorstandes des Reichs-Landbundes zum Volksentscheid.

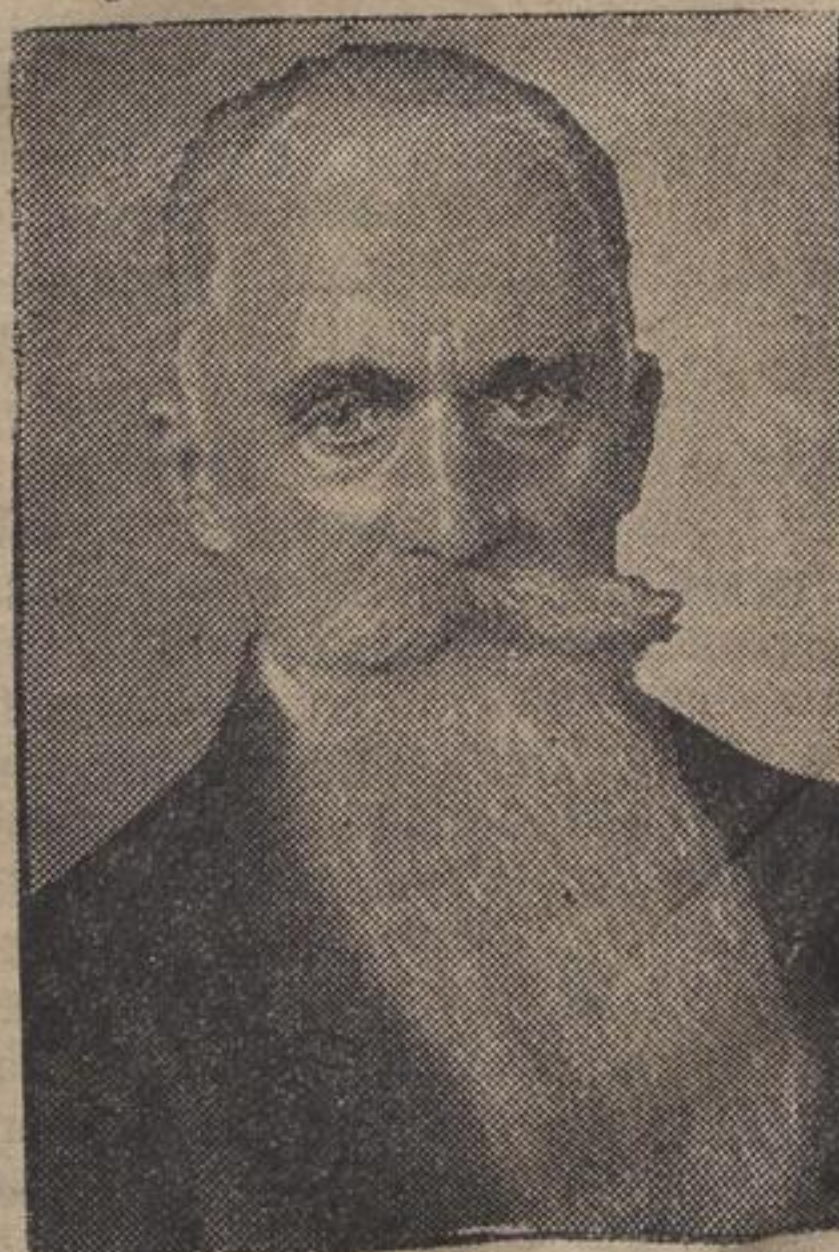
Die Pressestelle des Reichs-Landbundes teilt mit: Der Reichs-Landbund setzt sich in Fortführung der durch das Volksbegehren eingeleiteten nationalen Aktion gegen Young-Plan und Kriegsschuldfrage mit aller Energie dafür ein, daß die Beteiligung des deutschen Landvolkes am Volksentscheid zur stärksten Wirkung kommt. Das deutsche Landvolk bringt durch seine Stimmenabgabe am 22. Dezember 1929 in gesammelter Weise die Ablehnung des Young-Planes und seiner für die Landwirtschaft jetzt und auf Generationen hinaus unerträglichen Belastung sowie seinen Protest gegen die Mißachtung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Landvolkes nachdrücklich vor aller Welt zum Ausdruck, insbesondere auch gegen den für den deutschen Osten verberlichen paraphierten Polenvertrag.

Im nationalen Freiheitskampf unseres Volkes gegen Tributplan und Kriegsschuldfrage müssen alle Deutschen im Ziele einig sein. Das Ja bei dem Volksentscheid ist die beste Tat jedes einzelnen für unser gemeinsames Vaterland und die Zukunft des deutschen Volkes. Die Landbünde werden aufgefordert, zur Durchführung des Volksentscheids mit allen in Betracht kommenden örtlichen Kräften zusammenzuarbeiten.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf dem toten Punkt.

Warschau. Der „Kurjer Poranny“ stellt fest, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Zusammenhang mit der Schweineausfuhrfrage auf dem toten Punkt angelangt seien. Der deutsche Gesandte Kaufher werde sich am Sonnabend nach Berlin begeben, um neue Weisungen einzuholen.

Hamburgs neuer Gesandter für Berlin.



Das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Dr. Karl Anton Piper, ist als Nachfolger des Senators Dr. Strandes, der am 31. März 1930 aus dem Hamburger Staatsdienst ausscheiden wird, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Hamburgs in Berlin ernannt worden. — Das Bild zeigt den Gesandten Dr. Karl Anton Piper.

Die Beerdigungskomödie.

Die Aussagen der Frau Lehner. Die Aussagen Kurt Lehners und seiner Frau über die Vorgeschichte des schrecklichen Verbrechens stehen in kräftigem Gegensatz zueinander. Frau Lehner sagte bei ihrer Vernehmung in Regensburg u. a.: Am 21. November fuhr mein Mann von Leipzig ab. Was er eigentlich vorhatte, sagte er mir nicht. Ich machte ihn noch darauf aufmerksam, daß es mir unmöglich sein werde, an seinem Begräbnis teilzunehmen. Mein Mann sagte jedoch, ich müßte mich eben tüchtig zusammennehmen, denn auf mich komme alles an. Am 23. November traf ich meinen Mann, den ich in Bayern vermutete, in Leipzig. Er teilte mir mit, daß er in